
Stenographisches Protokoll

34. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVIII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 20. Juni 1991

Stenographisches Protokoll

34. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVIII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 20. Juni 1991

Inhalt

Personalien

Verhinderungen (S. 3266)

Geschäftsbehandlung

Antrag des Abgeordneten Mag. Peter, dem Ausschuß für Arbeit und Soziales zur Berichterstattung über den Antrag 178/A (E) der Abgeordneten Mag. Peter und Genossen betreffend den bedrohlichen Arbeitskräftemangel in der Freizeit- und Tourismuswirtschaft gemäß § 43 der Geschäftsordnung eine Frist bis 9. Juli 1991 zu setzen (S. 3267) — Ablehnung (S. 3267)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 3266)

Eingebracht wurden

Petitionen (S. 3266)

Petition betreffend den Bestand der militärischen Landesverteidigung (Ordnungsnummer 28) (überreicht durch den Abgeordneten Moser) — Zuweisung (S. 3266)

Petition betreffend die Menschenrechtslage in der Volksrepublik China (Ordnungsnummer 29) (überreicht durch den Abgeordneten Dr. Müller) — Zuweisung (S. 3266)

Bürgerinitiative (S. 3266)

Bürgerinitiative gegen das Sicherheitspolizeigesetz und zur Verwirklichung der Rechtsstaatlichkeit im Verhältnis Bürgerin und Polizei (Ordnungsnummer 22) — Zuweisung (S. 3266)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Arbeit und Soziales auf die Anfrage der Abgeordneten Mag. Guggenberger und Genossen (939/AB zu 874/J)

des Bundesministers für Föderalismus und Verwaltungsreform auf die Anfrage der Abgeordneten Srb und Genossen (940/AB zu 1080/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Klara Motter und Genossen (941/AB zu 945/J)

des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Meisinger und Genossen (942/AB zu 910/J)

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Grätzer und Genossen (943/AB zu 928/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Pilz und Genossen (944/AB zu 1007/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Franz Stocker und Genossen (945/AB zu 1156/J)

Beginn der Sitzung: 23 Uhr 15 Minuten

Vorsitzender: Zweiter Präsident Dr. Lichal.

Präsident Dr. Lichal: Die Sitzung ist eröffnet.

Verhindert sind die Abgeordneten Mag. Haupt, Franz Stocker, Schmidtmeier, Dkfm. Ilo-na Graenitz, Kerschbaum, Hums, Haigermoser, Ing. Karl Dittrich, Dr. Gaigg, Ing. Maderthaler und Ing. Reichhold.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident Dr. Lichal: Eingelangt sind die Anfragebeantwortungen 939/AB bis 945/AB.

Dem Ausschuß für Petitionen und Bürgerinitiativen wurden folgende Gegenstände zugewiesen:

die Petitionen

Nummer 28 betreffend den Bestand der militärischen Landesverteidigung, überreicht vom Abgeordneten Moser, und

Nummer 29 betreffend die Menschenrechtslage in der Volksrepublik China, überreicht vom Abgeordneten Dr. Müller, sowie

die Bürgerinitiative

Nummer 22 gegen das Sicherheitspolizeigesetz und zur Verwirklichung der Rechtsstaatlichkeit im Verhältnis Bürgerin und Polizei.

Auf Ersuchen des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen sind folgende Zuweisungen an andere Ausschüsse erfolgt:

dem Familienausschuß:

Petition Nummer 25;

dem Gesundheitsausschuß:

Bürgerinitiative Nummer 18;

dem Justizausschuß:

Petition Nummer 19;

dem Unterrichtsausschuß:

Petition Nummer 8,

Bürgerinitiative Nummer 15,

Bürgerinitiative Nummer 20;

dem Verfassungsausschuß:

Petition Nummer 20,

Bürgerinitiative Nummer 7.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich folgenden Ausschüssen zu:

dem Ausschuß für Arbeit und Soziales:

Antrag 186/A der Abgeordneten Mag. Peter und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wird,

Antrag 187/A (E) der Abgeordneten Haigermoser und Genossen betreffend Erleichterungen für Geschäftseröffnungsarbeiten im Arbeitsruhegesetz;

dem Finanzausschuß:

Antrag 188/A (E) der Abgeordneten Moser und Genossen betreffend die Abschaffung der Landesumlage,

Antrag 192/A der Abgeordneten Brennsteiner, Auer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das ASFINAG-Gesetz geändert wird;

dem Justizausschuß:

Antrag 189/A der Abgeordneten Dr. Heide Schmidt und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Lohnpfändungsgesetz geändert wird,

Antrag 190/A der Abgeordneten Dr. Heide Schmidt und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Baurechtsgesetznovelle geändert wird;

dem Ausschuß für innere Angelegenheiten:

Antrag 191/A der Abgeordneten Elmecker, Dr. Pirker und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Fremdenpolizeigesetz geändert wird;

dem Bautenausschuß:

Antrag 193/A der Abgeordneten Dr. Keimel und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Organisationsprivatisierung der Wasserstraßendirektion und die Gründung einer „Österreichische Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft“,

Antrag 195/A der Abgeordneten Dr. Keimel, Parnigoni und Genossen betreffend Schönbrunner Tiergartengesetz;

dem Handelsausschuß:

Antrag 194/A (E) der Abgeordneten Dr. Heindl, Ingrid Tichy-Schreder und Genossen be-

Präsident Dr. Lichal

treffend einen Bericht über die Berufsausbildung in Österreich.

Fristsetzungsantrag

Präsident Dr. Lichal: Weiters teile ich mit, daß Herr Abgeordneter Mag. Peter beantragt hat, dem Ausschuß für Arbeit und Soziales zur Berichterstattung über den Antrag 178/A (E) der Abgeordneten Mag. Peter und Genossen betreffend den bedrohlichen Arbeitskräftemangel in der Freizeit- und Tourismuswirtschaft eine Frist bis 9. Juli 1991 zu setzen.

Wir kommen sogleich zur Abstimmung über den Antrag, dem Ausschuß für Arbeit und Soziales zur Berichterstattung über den Antrag 178/A (E) der Abgeordneten Mag. Peter und

Genossen betreffend den bedrohlichen Arbeitskräftemangel in der Freizeit- und Tourismuswirtschaft eine Frist bis 9. Juli 1991 zu setzen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für diesen Fristsetzungsantrag sind, um ein Zeichen der Zustimmung. — Das ist die Minderheit, also abgelehnt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Dienstag, den 9. Juli 1991, 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde beginnen.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 23 Uhr 19 Minuten